



LAG KJS NRW



jugendsozialarbeit aktuell

Nummer 23/März 2003

**Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,**

die Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission sowie der Verzicht auf einen Bundeszuschuss zum Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit gefährden die beruflichen Zukunftschancen tausender junger Menschen!

Dramatische Einbrüche u. a. in der Förderung außerbetrieblicher Berufsausbildung für benachteiligte Jugendliche, ausbildungsbegleitender Hilfen, berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen sowie der Ausbildung lernbehinderter Jugendlicher werden zu einem weiteren Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit führen.

Gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit rufen wir daher alle Verantwortlichen auf, die Integration benachteiligter junger Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sicher zu stellen.

Thomas Pütz M.A.
Direktor

Jugendberufshilfe

Appell der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit an die Bundesregierung sowie alle Verantwortlichen in Politik und Verwaltung:

Lassen Sie nicht zu, dass die benachteiligten Jugendlichen die Verlierer am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt werden!

Eigentlich sollte sich die Lage junger Menschen, die Probleme beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf haben, deutlich verbessert haben:

Im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit wurde eine „Verstärkung der Initiativen zur Verbesserung der Berufsausbildungschancen für Jugendliche mit schlechteren Startchancen“ vereinbart. Das „Job-AQTIV“-Gesetz und das „Jugend-AQTIV“-Konzept der Bundesanstalt für Arbeit sollten die Situation junger Menschen ohne Ausbildungsplatz oder Arbeitsstelle deutlich entspannen. Das „Hartz-Konzept“ wollte in seinem Modul 4 „allen Jugendlichen ein aktivierendes Angebot“ zu Ausbildung und Beschäftigung unterbreiten. Im Koalitionsvertrag wurde versprochen, dass „kein junger Mensch nach der Schule in die Arbeitslosigkeit entlassen werden darf“ und dass „zusätzliche Mittel für die Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen für junge Menschen bereitgestellt werden (JUMP-Plus)“.

Die Realität sieht anders aus:

Im Februar 2003 waren 581.000 junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos. Das sind 56.500 oder 10,8% mehr als im Vorjahresmonat. Damit stieg die Arbeitslosenquote der Jugendlichen um 1,2 Prozentpunkte auf 11,2% im Februar 2003.

Im Ausbildungsjahr 2001/2002 ist die Zahl der noch nicht vermittelten Bewerber/innen gegenüber dem Vorjahr um 14,3% auf 23.400 Ende September 2002 gestiegen und liegt erstmals seit 1998/99 über dem Bestand an unbesetzten Ausbildungsstellen, der um 26,6% auf 18.000 gesunken ist. Auch mit Nachvermittlungsaktivitäten konnten bis Ende letzten Jahres 12.400 der betroffenen Jugendlichen keine Ausbildungsstelle finden.

In dieser Situation drohen durch Kürzungs- und Einsparpläne sozial benach-

teiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen vollends ins Abseits zu geraten.

Betroffen von Streichungen sind insbesondere die Angebote, die aus dem sogenannten „Eingliederungstitel“ der Bundesanstalt für Arbeit finanziert werden, der zudem durch zusätzliche Aufgaben (PSA, SAM etc.) belastet wird. Ein großer Teil der Projekte und Maßnahmen für junge Menschen mit besonderem Förderbedarf, insbesondere ausbildungsbegleitende Hilfen (abH), außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen (BaE) und Arbeiten-und-Lernen-Maßnahmen, werden aus diesem Eingliederungstitel finanziert. Diese Angebote leisten nachweislich einen wesentlichen Beitrag zur erfolgreichen Förderung und Integration benachteiligter Jugendlicher.

Aber auch Anspruchsleistungen wie die Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB) und Reha-Ausbildungen sind von Kürzungen betroffen. Viele Arbeitsämter haben angekündigt, dass spätestens ab Herbst diesen Jahres dafür kein Geld mehr zur Verfügung stehen wird.

Nach bisher vorliegenden Informationen werden alleine bei katholischen Trägern der Jugendberufshilfe nach der Sommerpause 950 Plätze in berufsvorbereitenden sowie ausbildungs- und beschäftigungsfördernden Maßnahmen entfallen. Weitere Einbrüche sind zum 1.1.2004 zu erwarten, wenn auch die Maßnahmen des „Sofortprogramms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ aus dem Eingliederungstitel finanziert werden müssen.

Was geschieht mit den Jugendlichen, für die dann keine Plätze mehr zur Verfügung stehen werden?

Diese Politik darf nicht fortgesetzt werden! Sozial und individuell benachteiligten jungen Menschen droht sonst die dauerhafte Ausgrenzung aus dem Arbeitsleben und damit die gesellschaftliche Ausgrenzung. Alle Jugendlichen brauchen für ihre Zukunftsfähigkeit und für die Zukunft der Gesellschaft eine Chance auf Ausbildung und Beruf.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit appelliert daher im Namen der betroffenen jungen Menschen und der Einrichtungen der Jugendberufshilfe an die Bundesregierung sowie alle Verantwortlichen in Politik und Verwaltung:

- Sichern Sie die Förderung von benachteiligten Jugendlichen als einen Schwerpunkt der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik!
- Setzen Sie die versprochenen Verbesserungen der Situation der jungen Menschen am Aus-

bildungs- und Arbeitsmarkt (z.B. „JUMP Plus“) um!

- Sorgen Sie dafür, dass auch benachteiligte und beeinträchtigte junge Menschen ein ausreichendes Angebot an geeigneten betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen vorfinden!
- Stoppen Sie die bundesweiten Kürzungen und Streichungen im Bereich der Berufsvorbereitung, der Benachteiligtenförderung und der Beschäftigungsförderung für benachteiligte Jugendliche!
- Opfern Sie nicht wirksame zielgruppenspezifische Angebote und Strukturen, die später mühsam und zu einem hohen Preis wieder aufgebaut werden müssen!

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) vertritt 512 Einrichtungen, in denen ca. 55.000 sozial oder individuell benachteiligte junge Menschen von 3.100 Mitarbeitern/innen in ihrer schulischen, beruflichen, sozialen und persönlichen Entwicklung ganzheitlich gefördert werden.

Düsseldorf, den 07. März 2003

Pater Franz-Ulrich Otto SDB
1.Vorsitzender der BAG KJS e.V.

Christian Hampel
Vorsitzender des Fachausschusses
„Jugendberufshilfe“ der BAG KJS e.V.

Ankündigung:

Der bundesweite Aktionstag **„Jugend braucht Arbeit – Wir arbeiten Sie ein“** am **29. April 2003** will auf die Situation benachteiligter Jugendlicher aufmerksam machen. Weitere Informationen unter www.jugendbrauchtarbeit.de.

IMPRESSUM:

jugendsozialarbeit aktuell
c/o LAG KJS NRW
Postfach 290 250
50524 Köln
Email: aktuell@jugendsozialarbeit.info
www.jugendsozialarbeit.info

V.i.S.d.P: Thomas Pütz M.A.

REDAKTION: Franziska Schulz

DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln GmbH & Co. KG

HERAUSGEBER: Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen e.V. (LAG KJS NRW)